

Grundsteuer-Revolution: Kommunen kassieren riesige Einnahmen!

Die Einnahmen aus der Grundsteuer steigen in Deutschland, besonders in Hessen. Neue Hebesätze gelten ab 2025, mit regionalen Unterschieden.

Sachsen, Deutschland - Die Einnahmen aus der Grundsteuer für die deutschen Gemeinden sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen, wie die Zahlen für 2023 zeigen. Die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer betrugen im vergangenen Jahr bemerkenswerte 15,5 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 25,2% seit 2013 entspricht. Diese Steuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Kommunen in Deutschland und trägt zu deren finanzieller Stabilität bei, berichtet Sächsische.de.

Im ersten Halbjahr 2024 konnten die Gemeinden nochmals 8,0 Milliarden Euro an Grundsteuer einnehmen, was einem Anstieg von 2,9% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Der Anteil der Grundsteuer an den gesamten Gemeindesteuern betrug im gleichen Zeitraum 13%, während die Gewerbesteuer mit 59% und die Einkommensteuer mit 25% den größeren Teil der Einnahmen ausmachten.

Regionale Unterschiede in den Einnahmen

Ein signifikanter Anstieg der Grundsteuereinnahmen war in verschiedenen Bundesländern zu beobachten. Besonders auffällig ist der Anstieg in Hessen, wo die Einnahmen um 56,5% auf 1,4 Milliarden Euro stiegen. Das Saarland verzeichnete ein Plus von 44,9% auf 0,2 Milliarden Euro, während Rheinland-Pfalz um 42,2% auf 0,7 Milliarden Euro zulegte. Sachsen hingegen erzielte einen moderaten Anstieg von 12,3% auf 0,54 Milliarden Euro. Diese Unterschiede verdeutlichen die variierenden Entwicklungen innerhalb der einzelnen Bundesländer, wie **Destatis** berichtet.

Im Jahr 2023 sank jedoch der Anteil der Grundsteuer an den Gemeindesteuern insgesamt auf 11%, nachdem er im Jahr 2013 noch 14,8% betragen hatte. Der größte Teil der Einnahmen stammte im ersten Halbjahr 2024 aus Typ B der Grundsteuer, die für bebaute und unbebaute Grundstücke gilt, mit 7,8 Milliarden Euro. Typ A betrifft hingegen land- und forstwirtschaftliches Vermögen.

Künftige Änderungen durch die Grundsteuerreform

Ab dem 1. Januar 2025 treten neue Regeln und Hebesätze für die Grundsteuer in Kraft. Hintergrund sind verfassungswidrige alte Grundsteuerwerte, die für vergleichbare Wohnungen und Lagen unterschiedlich festgesetzt waren. Bis Ende Juni 2025 müssen die Städte die neuen Hebesätze festlegen und die Grundsteuerbescheide verschicken. Kommunen versuchen, diese Reform aufkommensneutral zu gestalten, wobei einige Eigentümer möglicherweise weniger und andere mehr zahlen müssen, wie **Städtetag** erläutert.

Aktuell sind die Städte dabei, die Daten vom Finanzamt zu verarbeiten, um angemessene Hebesätze festzulegen. Die Grundsteuer bleibt eine essentielle Einnahmequelle für die Finanzierung von Dienstleistungen wie Schulen, Kinderbetreuung, öffentlichen Nahverkehr und Kultur in den Kommunen. Die Reform betrifft in dieser Form jedoch nur drei Bundesländer, während in anderen eine Anpassung der Messzahlen bis 2025 nicht mehr möglich ist.

Details	
Ort	Sachsen, Deutschland
Quellen	www.saechsische.de
	www.destatis.de
	 www.staedtetag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de